

Ein kritischer Blick von links auf die Europäische Union

Georg Polikeit. Die Debatte der Linken über die EU litt in der Vergangenheit und leidet auch heute noch oft unter dem Verzicht auf eine gründliche ökonomische, politische und historische Analyse der Ziele, Triebkräfte und Motive, die den Prozess der so genannten «Integration Europas» von Anfang an bestimmt haben. Die weitere Entwicklung der Europäischen Union wird davon abhängen, inwieweit die Beherrschung der EU-Institutionen durch das Monopolkapital eingeschränkt und diese Institutionen demokratisiert werden können.



Demo der europäischen Gewerkschaften gegen Sozialabbau. Bild: zVg.

In den offiziellen Vertragstexten und Verlautbarungen umgibt sich die EU mit dem schönen Schein einer «Wertegemeinschaft». Angeblich ist sie die moralische Konsequenz aus den blutigen Kriegen der Vergangenheit, will sie dem Gegeneinander der europäischen Staaten ein Ende machen, den Frieden in Europa und in der ganzen Welt sichern, den Idealen der Demokratie und der Menschenrechte dienen, wirtschaftliche Stabilität und sozialen Fortschritt garantieren. Die Realität der Gründung und Entwicklung der «Europäischen Gemeinschaften» und der heutige EU stehen jedoch im eklatanten Gegensatz dazu. Es handelt sich nur um einen Schwall von wohlklingenden Phrasen und Legitimationslegenden.

Die Anfänge

Historisch stand am Beginn der «europäischen Integration» 1952 die Formierung der Montanunion. Also die Bildung eines Wirtschaftskomplexes von explizit monopolkapitalistischem Charakter, nämlich die staatsmonopolistische Regulierung und Koordinierung der westeuropäischen Kohle- und Stahlindustrie.

Dem folgte 1957 die Bildung der «Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft» (EWG) und der «Europäischen Atomgemeinschaft» (Euratom). Das entsprach einerseits den Interessen der grossen Konzerne in den westeuropäischen Ländern, insbesondere auch der nach dem Krieg wiederaufgebauten deutschen Konzerne. Die Entwicklung der Produktivkräfte hatte zu einer gesteigerten Produktivität geführt, die über die Grenzen der nationalen Märkte hinaus drängte. Ein grösserer europäischer Markt ohne hinderliche Staats- und Zollgrenzen war für die führenden Kapitalkreise im Interesse maximaler Profite wünschenswert und notwendig geworden.

Zugleich war der «europäische Integrationsprozess» aber auch ein Produkt und ein Instrument des Kalten Krieges. Der «europäische Zusammenschluss» bedeutete die Spaltung Europas, die ökonomische, politische und militärische Blockbildung gegen den östlichen Teil des Kontinents, in dem nach dem Zweiten Weltkrieg eine antikapitalistische Entwicklung eingeleitet und der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft versucht wurde. «Montanunion» und EWG standen im engen Zusammenhang mit der Herausbildung der NATO und der Remilitarisierung Westdeutschlands. Die «europäische Integration» diente von Anfang an nicht nur ökonomischen, sondern zugleich globalstrategischen imperialistischen Zielen. Sie war nicht nur defensiv auf die Erhaltung des Kapitalismus in Westeuropa, sondern auch auf

eine Politik des «roll back» gegen den Sozialismus in Osteuropa ausgerichtet. Der Maastricht-Vertrag von 1992/93, mit dem die Bezeichnung «Europäische Union» eingeführt wurde, war die bruchlose Fortsetzung dieses Integrationsprozesses unter den nach 1989/90 entstandenen neuen weltpolitischen Bedingungen, aber im Dienst der gleichen Klasseninteressen. Bereits im Maastricht-Vertrag war der Grundsatz der «offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb» und damit die Grunddoktrin des Neoliberalismus als wirtschaftspolitische Leitlinie für alle Mitgliedsstaaten der EU festgelegt worden. Damit wurde der Kapitalismus als verbindliches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem für ganz Europa festgeschrieben. Faktisch ist dies ein Verbot einer anderen, nicht vom kapitalistischen Privateigentum dominierten Wirtschaftsordnung. Sozialismus ist damit für alle EU-Staaten offiziell für vertragswidrig und unzulässig erklärt.

Zugleich enthielt der Maastricht-Vertrag bereits die Zielsetzung, die EU in der veränderten weltpolitischen Situation im Rahmen der kapitalistischen Globalisierungsprozesse zu einem eigenständigen «global player» zu machen. Erklärtes Ziel war und ist es, die EU zu einem zweiten ökonomischen und politischen Zentrum der kapitalistischen Welt mit den Ambitionen einer Weltmacht neben den USA zu machen.

Dieses Ziel haben die deutsche Kanzlerin Merkel und der französische Staatschef Sarkozy soeben noch einmal in ihrem am 1. Juni veröffentlichten «Zehn Thesen für eine starke EU» unterstrichen. Darin wird zwar für gewisse «Regulierungsmassnahmen» gegen Spekulanten, Hedgefonds und überhöhte Managergehälter plädiert. Aber grundsätzlich soll die kapitalistische «Marktwirtschaft» nicht in Frage gestellt werden. Zugleich wird aber gesagt, dass es Aufgabe der EU sei, dafür zu sorgen, dass die europäischen Grossunternehmen «weltweit in der ersten Liga spielen». Die zentrale Botschaft der «Zehn Thesen» lautet: «Europa muss in der Welt eine Führungsrolle einnehmen.»

Es entsprach dieser globalpolitischen imperialistischen Zielsetzung, dass der Maastricht-Vertrag bereits Bestimmungen über den Aufbau einer eigenen militärpolitischen Struktur und einer eigenen EU-Militärstreitmacht mit weltweiter Interventionsfähigkeit enthielt. Merkel und Sarkozy sprechen sich in dem erwähnten Papier dafür aus, diese weiter auszubauen. Im Lissabon-Vertrag steht die Festlegung, dass alle Mitgliedsstaaten verpflichtet sind, ihre militärischen Fähigkeiten ständig weiter zu verbessern, also eine fortschreitende Aufrüstung unter Aufsicht und Lenkung der EU zu betreiben. Gleichzeitig wird die enge politische und militärpolitische Verzahnung der EU mit der NATO vertraglich festgeschrieben. Die im Dezember 2003 vom Rat der EU beschlossene EU-Sicherheitsdoktrin legt fest, dass die EU eigenständig oder im Rahmen von NATO-Operationen zu mehreren weltweiten Militäreinsätzen gleichzeitig fähig sein müsse, und zwar wörtlich zu «frühzeitigem» und «robustem Eingreifen» und zu «präventivem Engagement».

Der politische Überbau

Mit der Schaffung des «Europäischen Binnenmarkts», mit der Bildung der Währungsunion, der Einführung des Euro und der Unterordnung der nationalen Staatsbanken unter die Europäische Zentralbank (EZB) wurde die ökonomische «Integration» weiter vorangetrieben. Das Direktorium der EZB, das ausschliesslich aus hochrangigen Beauftragten des Finanzkapitals besteht, entscheidet unter ausdrücklichem Ausschluss jeglicher demokratischen Einflussmöglichkeiten und jeder demokratischen Kontrolle exklusiv über die Geld und Währungspolitik der EU. Alle Mitgliedsstaaten werden wirtschaftspolitisch der Aufsicht und Kontrolle sowie den regulierenden Eingriffen der EU unterworfen. Die EU kann Sanktionen zur Durchsetzung ihrer Entscheidungen gegen die einzelnen Staaten verhängen.

Zugleich entstand mit der Europäischen Union

auf dieser ökonomischen Basis ein entsprechender politischer Überbau. In dem von unserer Partei vor drei Jahren verabschiedeten Parteiprogramm heisst es dazu, dass die wirtschaftliche und politische Dynamik die EU dazu drängt, «sich den Kern eines supranationalen Staatsapparats zu verschaffen». Die Absicht, dies mit dem EU-Verfassungsvertrag auch formell juristisch zu verankern, scheiterte glücklicherweise an den Mehrheitsentscheidungen bei den Referenden in Frankreich und den Niederlanden. Doch nun wollen die EU-Oberen im Wesentlichen die gleichen Bestimmungen mit dem «Vertrag von Lissabon» erneut einführen. Es kennzeichnet die absolut undemokratische Grundhaltung der die EU beherrschenden Kreise, dass sie auch die demokratische Entscheidung der Mehrheit des irischen Volkes gegen diesen Vertrag missachteten. Jetzt sollen die Iren voraussichtlich im Oktober 2009 zu einer zweiten Abstimmung gezwungen werden. Mit allen Mitteln des Drucks, der Angst, der Meinungsmanipulation und der Verlockung mit angeblichen «Zugeständnissen» sollen sie zu einer Korrektur der ersten Abstimmung erpresst werden. Die Haltung der EU-Oberen gegenüber den Ergebnissen der Referenden in Frankreich, den Niederlanden und in Irland macht deutlich, was diese Kreise generell von demokratischen Volksabstimmungen und von Referendums-Demokratie halten.

Seit der Bildung der EU wurde mit einer Vielzahl von EU-Direktiven eine europaweit koordinierte Politik des Sozialabbaus, der Deregulierung der Arbeitsverhältnisse und Sozialsysteme, der Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Dienstleistungen durchgesetzt. Druck auf die Löhne durch entfesselte Standortkonkurrenz, Ausweitung des prekären Niedriglohnssektors, erhöhtes Renteneintrittsalter, verteuerte Gesundheitsleistungen, Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit, wachsende Armut und besonders Kinderarmut auch in hochentwickelten Staaten, zunehmende soziale Unsicherheit und Zukunftsangst – das waren die realen Ergebnisse der EU-Politik schon vor der nun ausgebrochenen globalen Finanz- und Wirtschaftskrise.

Soziale Explosionen

Und in dieser Krise zeigt sich erneut mit aller Deutlichkeit, welchen Interessen die EU dient. Entgegen den Propagandaformeln hat sich die EU nicht als Schutz gegen die Krise erwiesen. Im Gegenteil: Die europäischen Banken und Konzerne waren genau so an den kriminellen Finanzspekulationen beteiligt wie die der USA. Die Grosskonzerne haben mit ihren globalen Expansionsstrategien, mit der Verlagerung ihrer Produktion in Billiglohnländer zum Entstehen gewaltiger Überproduktionskapazitäten und damit zum Entstehen der derzeitigen Krise beigetragen. Es geht nicht um die Gier einzelner Manager. Die Gier nach grösstmöglichem Profit ist ein konstituierendes Grundprinzip des kapitalistischen Systems. Die EU-Konzerne sind nicht Opfer, sondern Täter. Jetzt rufen sie nach dem Staat, um ihre Verluste auf die Steuerzahler abzuwälzen. Aber die tatsächliche Übernahme solcher nach öffentlichen Geldern verlangenden



Georg Polikeit (80), Journalist aus Wuppertal, ehemals langjähriger Redaktor der Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) «Unsere Zeit» (UZ). Jetzt Rentner. Regelmässige Veröffentlichungen in den «Marxistischen Blättern», in der UZ und im vorwärts.



Vorne Polizei, hinten Demonstranten. Bild: zVg.

Unternehmen durch den Staat soll grundsätzlich nach wie vor tabu bleiben, höchstens kurzfristig in Ausnahmefällen akzeptiert werden. Erwähnt werden muss auch, dass sich im Schatten der Krise die Tendenzen zu einer immer autoritäreren Art der politischen Machtausübung verstärken, sowohl in den einzelnen Mitgliedsstaaten, wie auf EU-Ebene. Es gibt in der EU seit Langem eine umfassende und entsprechend institutionalisierte Zusammenarbeit von Militär, Geheimdiensten und Polizei, einschliesslich der Vernetzung der jeweiligen Datenbanken.

Die EU wurde nicht nur nach aussen zu einer «Festung» abgeschottet, an deren Grenzen jährlich Tausende Flüchtlinge und Immigranten sterben müssen. Auch im Inneren vollzieht sich ein Prozess des Ausbaus der staatlichen Überwachung der Bürger und der Verstärkung der staatlichen Repressionsinstrumente, vor allem unter dem Vorwand der «Terrorismusbekämpfung». Doch führende EU-Politiker haben auch die Angst geäussert, dass es im Gefolge der Krise in der EU zu «sozialen Explosionen» kommen könnte. Zur Vorbeugung dagegen gehören offenbar die in vielen EU-Staaten zunehmenden Angriffe auf Gewerkschaften und Streikrecht, wie grenzüberschreitende Repressionsmanöver gegen Demonstranten, wie wir sie unlängst beim NATO-Gipfel in Strassburg erlebt haben.

Mit dem Lissabon-Vertrag sind unter anderem die Einführung eines mehrere Jahre amtierenden EU-Präsidenten und eine Reihe weiterer institutioneller Änderungen vorgesehen. Dies wird offiziell damit begründet, dass die EU damit mehr «Effizienz» erreichen soll. Mit anderen Worten: diese Änderungen in der institutionellen Struktur der EU sollen vor allem die Durchsetzungsfähigkeit der zentralen EU-Instanzen nach innen und aussen stärken, auch gegen abweichende Verhaltensweisen einzelner Mitgliedsstaaten. Zugleich zielen diese institutionellen Änderungen auch auf die Stärkung der hegemonialen Vormachtsstellung der grossen, wirtschaftlich und militärisch stärksten EU-Staaten, besonders Deutschlands und Frankreichs, über die anderen.

Ja und Nein

Der grundlegende Klassencharakter der EU wurde auch durch den umfassenden Erweiterungsprozess der letzten Jahre in keiner Weise verändert. Der Anschluss der ost- und südosteuropäischen Staaten an die EU, die Schaffung der «Mittelmeer-Union» und neuerdings die «östliche Partnerschaft», welche die Ukraine, Georgien und die übrigen Kaukasusstaaten enger an die EU binden soll, zielt auf die Ein- und Unterordnung dieser Staaten mit ihren ökonomischen Ressourcen, ihren Energiereserven und ihrem Arbeitskräftepotential als abhängige Peripherie in die globalen Expansionsstrategien des EU-Kapitals.

Die bisherigen Beitrittsverhandlungen zeigen klar: «Beitritt» bedeutet «Anschluss». Verlangt wird die Unterordnung des beitretenden Staates unter die innerhalb der EU bereits geltenden ökonomischen, sozialpolitischen, juristischen, administrativen und auch militärpolitischen Richtlinien. Nicht umsonst wurde im Lissabon-Vertrag über einen juristischen Umweg, zwar nicht im Vertragstext selbst, aber in einer gesonderten «Erklärung», die Bestandteil des Vertrags ist, wörtlich festgehalten, «dass die Verträge und das von der Union auf der Grundlage der Verträge gesetzte Recht Vorrang vor dem Recht der Mitgliedsstaaten haben».

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Die EU ist ein Instrument im Dienst der Profit- und Machtinteressen des transnationalen Kapitals, der in Europa ansässigen und von Europa aus global agierenden transnationalen Industrie- und Finanzkonzerne zur Durchsetzung ihrer Interessen nach innen und aussen. Daraus ergibt sich unter Linken, auch bei uns in der DKP, die viel diskutierte Frage, ob diese EU überhaupt reformierbar ist. Mit scheint, dass diese Frage im Prinzip identisch ist mit der Frage, ob der Kapitalismus reformierbar ist. Und die Antwort heisst meiner Meinung nach: Ja und Nein.

In der Geschichte des Kapitalismus haben die Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften, die Arbeiterparteien, aber auch andere soziale Kräfte und Bewegungen zahlreiche Reformen durchgesetzt. Beispielsweise den Achtstundentag, die 40- und teilweise sogar die 35-Stunden-Woche, Sozialversicherung, Kündigungsschutz, Mitbestimmungsrechte, Streikrecht, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit. In vielen europäischen Staaten ist auch das allgemeine und gleiche Wahlrecht erst durch den Kampf der Arbeiterbewegung erreicht worden. Nichts davon wurde den

Menschen von den Inhabern der wirtschaftlichen und politischen Macht als Wohltat von oben geschenkt. Alles musste durch grosse Kampfkationen von unten durchgesetzt werden. Und trotz allem blieben dies immer nur Reformen innerhalb gewisser Grenzen. Alle im Rahmen des Kapitalismus durchgesetzten Reformen änderten nichts daran, dass die Aneignung der Ergebnisse der gesellschaftlichen Arbeit durch die Kapitalbesitzer, die ungerechte Verteilung des erarbeiteten Reichtums, die Orientierung der Wirtschaft an der maximalen Kapitalrendite, die Macht des Kapitals über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung bestehen blieben.

Eben deshalb haben die Marxisten schon seit Marx und Engels immer wieder betont, dass der Kampf um soziale Verbesserungen und politische Rechte im Kapitalismus mit dem Kampf um einen grundlegenden revolutionären Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem verbunden werden muss. Das gilt meiner Meinung nach im übertragenen Sinn auch heute für die EU.

Klassenkampf als Alternative

Vor Kurzem haben 18 kommunistische und andere linke Parteien, darunter die Portugiesische KP, die Französische KP, die Partei der Italienischen Kommunisten und Rifondazione, die KP Spaniens und die Izquierda Unida, die tschechische KP und die zyprische AKEL sowie die DKP und die deutsche Partei «Die Linke» einen gemeinsamen Apell zu den Europawahlen veröffentlicht. Darin wird unter anderem festgestellt: «Der Kern des Kapitalismus kann nicht reformiert, reguliert, humanisiert werden». Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnten und auch jetzt in der akuten Krisensituation beweisen zur Genüge, dass es illusionär wäre, darauf zu hoffen, dass die Kreise, die die EU heute beherrschen, durch gute Argumente dazu bewegt werden könnten, eine andere Entwicklungsrichtung einzuschlagen. Unsere guten Argumente stossen da nicht nur auf verschlossene Ohren, sondern auf real entgegengesetzte Klasseninteressen. Ein «anderes Europa» wird vom herrschenden Finanzkapital und seinen politischen Interessenverwaltern nicht freiwillig «von oben her» zugestanden werden.

Deshalb halte ich es auch für illusorisch, wenn in den Führungskreisen des «Europäischen Gewerkschaftsbundes» neuerdings wieder verstärkt die Idee eines «neuen Sozialpakts» zur zentralen Forderung für den Kampf um ein «anderes Europa» gemacht wird. Selbst wenn so ein «Sozialprotokoll» dem EU-Vertrag tatsächlich hinzugefügt würde, wäre es wahrscheinlich nur ein Stück Papier, das der Irreführung der Menschen über den politischen Kurs und Charakter der EU dient, aber keine reale politische Wirkung hat. Ein anderes, ein «soziales Europa», wie es die Gewerkschaften fordern, entsteht unter den heute gegebenen nationalen und internationalen Bedingungen nicht auf dem Weg eines sozialpartnerschaftlichen «Kompromisses». Es kann auch nicht allein durch die Stimmabgabe bei Wahlen erreicht werden. Es kann nur von unten, durch starke ausserparlamentarische Bewegungen, die grosse Teile der Bevölkerung einbeziehen, erkämpft werden, und zwar im Konflikt mit den heute die EU beherrschenden Kreisen.

Ich bin nicht der Meinung, dass die Rückkehr zu den Nationalstaaten, wie sie vor der Bildung der EU bestanden haben, eine Lösung wäre. Denn das waren vom Kapitalismus beherrschte, imperialistische Staaten. Die Alternative zur heutigen EU liegt in der Entwicklung des Klassenkampfes, in der Entwicklung des gemeinsamen Kampfes der Völker um reale soziale und demokratische, ökologische und friedenspolitische Verbesserungen.

Ein langer Prozess

Was wir aus meiner Sicht brauchen, ist nicht eine weitere Ausdehnung und damit Stärkung der EU durch neue Mitgliedsstaaten. Was wir brauchen, ist eine möglichst starke Entwicklung von Widerstandskämpfen und Kämpfen gegen den neoliberalen Kapitalismus und seine zerstörerischen Auswirkungen, innerhalb und ausserhalb der EU.

Zugleich muss aber betont werden, dass die Interessen der grossen Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung letztlich einen grundsätzlichen Bruch mit der ganzen bisherigen EU-Konstruktion erfordern. Das heisst auch mit ihren derzeitigen vertraglichen Grundlagen. Ein «sozial gestalteter» Kapitalismus oder ein «Kapitalismus ohne Neoliberalismus» ist auf der heutigen Entwicklungsstufe des Kapitalismus unter den Bedingungen der Globalisierung eine realitätsfremde Fiktion. Die Zeit der nach 1945 in vielen



westeuropäischen Staaten zustande gekommenen Sozialstaats-Kompromisse ist vorbei. Letztlich kann ein Europa des Friedens, ein Europa des sozialen, ökologischen und zivilisatorischen Fortschritts nur entstehen, wenn die Orientierung der wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen an den Profitinteressen des Kapitals generell überwunden wird. Deshalb wirft die Frage nach einem anderen Europa aus meiner Sicht unausweichlich die Frage nach einer generellen Überwindung der bestehenden Macht- und Eigentumsverhältnisse, die Frage nach einer grundsätzlich anderen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln auf, die historisch nun einmal mit dem Begriff «Sozialismus» zu bezeichnen ist. Wobei natürlich die Fehler und Deformationen des vergangenen Sozialismus nicht wiederholt werden dürfen.

Ein solcher revolutionärer Umbruch steht in Europa sicher nicht vor der Tür. Er hat eine grundlegende Veränderung der bestehenden Kräfte- und Machtverhältnisse sowohl in den einzelnen Staaten wie auf der europäischen Ebene zur Voraussetzung. Das ist nicht kurzfristig zu erreichen. Nur in einem längeren Prozess sozialer und gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen, der auch mit entsprechenden Änderungen im Bewusstsein grosser Teile der Bevölkerung verbunden ist, ist eine solche revolutionäre Umgestaltung der Verhältnisse vorstellbar.

Es genügt meiner Ansicht nach aber auch nicht, heute nur mehr oder weniger verbalradikalistisch die Notwendigkeit eines solchen revolutionären Umbruchs zu propagieren. Der Weg zur grundlegenden Veränderung der bestehenden Kräfte und Machtverhältnisse beginnt heute mit der Gewinnung von grösseren Teilen der Bevölkerung für Widerstandskämpfe gegen die Abwälzung der Krisenlasten, mit der Formierung von Gegenkräften, mit der Herausbildung antiimperialistischer und antikapitalistischer Allianzen.

Neuen Anlauf zum Sozialismus

Im Januar hat die Bundeswahlkonferenz der DKP in Berlin eine politische Plattform für die Kandidatur unserer Partei zur EU-Wahl beschlossen. Darin wird betont, dass Europa nicht nur das Europa der Banken und Konzerne ist. Unter Verweis auf die Widerstandskämpfe in vielen Ländern Europas heisst es: «In diesen Kämpfen wird ein anderes Europa sichtbar – ein soziales, demokratisches und friedliches Europa, dessen Wirtschaft den Menschen dient und das sich auf der Basis von Demokratie und Solidarität entwickelt.»

Wir betonen darin: «Die weitere Entwicklung der Europäischen Union wird davon abhängen, inwieweit es der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung, der globalisierungskritischen Bewegung, den demokratischen Kräften gelingt, im gemeinsamen Handeln die Beherrschung der EU-Institutionen durch das Monopolkapital einzuschränken, diese Institutionen zu demokratisieren und selbst Einfluss auf deren Entscheidungen zu gewinnen.»

Deshalb ist es meiner Meinung nach heute die zentrale Aufgabe und Verantwortung der Linken, insbesondere der kommunistischen Parteien und der marxistischen Linken, mit allen Kräften auf die Entwicklung solcher Bewegungen hinzuwirken. Nur dadurch kann der Weg zu einem, aufgrund der objektiven Verhältnisse dringend notwendigen, neuen Anlauf zum Sozialismus in Europa geöffnet werden.

Schluss mit prekären Arbeitsverhältnissen. Bild: zVg.

PdA-Konferenz

Am Samstag, 6. Juni, hat in Neuenburg die Nationale Konferenz der Partei der Arbeit der Schweiz zur Thematik der Europäischen Union (EU) stattgefunden.

Die Konferenz diente zur Vertiefung der Analyse und der Diskussion innerhalb der Partei, nachdem sich die PdA am letzten Kongress vom November 2008 in Zürich gegen einen allfälligen Beitritt der Schweiz zur EU ausgesprochen hatte.

Eröffnet wurde die Konferenz durch die Referate der beiden Gastreferenten: Georg Polikeit, Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und Jean-François Gau der Französischen Kommunistischen Partei (KPF) und Mitglied der Parteileitung der Europäischen Linkspartei (ELP).

Danach folgte eine lange, angeregte und teilweise kontroverse Diskussion der rund 50 anwesenden Delegierten. Einheitlich wurden die Strukturen der EU kritisiert und verurteilt, die nur den Interessen der Multinationalen und des Finanzkapitals untergeordnet sind. Darunter leiden die europäischen Bürgerinnen und Bürger. Die schwache Stimmbeteiligung an den EU-Wahlen ist für die PdA eine logische Konsequenz daraus.

In der Frage der Strategie für ein anderes, sozialistisches Europa gingen die Meinungen teilweise auseinander: Die Mehrheit der GenossInnen bezeichnet die EU als kapitalistische Festung, die unmöglich von innen reformierbar ist. Eine Minderheit vertritt die Meinung, dass innerhalb der EU-Strukturen für Veränderungen zu kämpfen ist.

Zum Schluss haben die Delegierten beschlossen, eine Synthese der Diskussion zu erarbeiten, die dann im neuen Parteiprogramm einfließen wird, an dem zur Zeit gearbeitet wird.